

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	1
1. Aktueller Bezug und Problemstellung	1
2. Plan der Untersuchung	5
Kapitel A: ENTWICKLUNGSGESCHICHTLICHER ANSATZ	7
I. Anmerkungen zum geschichtlichen Entstehungs- prozeß des heutigen Rechts der Rechnungslegung	7
1. Zur Entwicklungsgeschichte der handelsrechtli- chen Rechnungslegungsnormen	7
2. Die Entwicklung zur "steuerlichen Einheitsbilanz"	14
II. Veränderungen des Rechnungslegungsumfeldes und Wandel des Rechnungslegungsrechts	18
Kapitel B: DIE ABBILDUNGSZIELE UND DAS AUSSCHÜT- TUNGSPROBLEM BEI SICHERHEIT UND VOLL- KOMMENEN UND VOLLSTÄNDIGEN MÄRKTN	24
I. Die Meßgrößen Vermögen, Gewinn und Rendite bei Sicherheit	24
1. Vollkommene und vollständige Märkte, Sicherheit und Wertadditivität als Modellbedingungen	24
2. Barwerteigenschaften, Konsumpräferenzen und Separationsprinzip	29
3. Der ökonomische Gewinn als zukunftsbezogenes Meßkonzept	32
4. Unendlichkeit (Permanenz) und Verteilungsfähig- keit als Eigenschaften des ökonomischen Gewinns	36
II. Modellbetrachtungen zur Ausschüttungs- und zur Entnahmentscheidung bei Sicherheit	39
1. Die Ausschüttungsentscheidung der firmenbezo- genen Unternehmung mit mehreren Anteilseignern (Residualtheorie)	39
2. Der zeitlich strukturierte Entnahmestrom aus der personenbezogenen Unternehmung als Zielstrom des individuellen Investors	45
III. Gläubigerinteressen, Kapitalstruktur, Schuldendeckungskontrolle und statische Messung der zukünftigen Liquidität	49
IV. Zusammenfassung zum Sicherheitsmodell	52

Kapitel C: DIE RECHNUNGSLEGUNG BEI UNSICHERHEIT	56
I. Vorbemerkung	56
II. Entscheidungslogische Explikation von Unsicherheit und deren allgemeine Bedeutung für das Mehrpersonenmodell	57
III. Die Rechnungsziele Gewinn, Vermögen und Liquidität bei Unsicherheit	60
1. Marktwertmaximierung als "Unternehmungsziel"	60
2. Vermögens- und Gewinnermittlung bei voll- kommenen und vollständigen Märkten und Un- sicherheit	61
2.1 Einperiodige zeit- und zustandsabhängige Ansprüche	61
2.2 Mehrperiodige unsichere Zahlungsansprüche	62
2.3 Der ex ante- und der ex post-ökonomische Gewinn	63
3. Marktbewertung bei unvollkommenen und unvoll- ständigen Güter- und Finanzierungsmärkten sowie Konsequenzen für die Rechnungslegung	68
3.1 Unvollkommene Märkte	68
3.2 Unvollständige Märkte	69
3.3 Konsequenzen	71
4. Die Maßgröße "Vermögen" (Vermögenslage) als Rechnungsziel?	76
4.1 Die Bestimmung des Bewertungsobjekts (Ermitt- lung der Ausschüttungserwartungen)	77
4.2 Bewertungsmaßstäbe für die Ertragsbewertung (Wertermittlung)	79
4.3 Das Ausscheiden der Vermögensermittlung als unmittelbares Rechnungsziel des Jahresab- schlusses	80
5. Das Rechnungsziel "Ertrag" (Ertragslage)	84
5.1 Die Messung der Ertragskraft anhand der beobachtbaren Ertragszyklen (Earnings Cycles-Konzept)	84
5.2 Die Bedeutung des Leitmodells "ökonomischer Gewinn" für das Rechnungsziel "Ertrag" unter realen Bedingungen	88

5.2.1 Ersatz des Postulats der Ertragswert- erhaltung	88
5.2.2 Analyse alternativer Gewinnermittlungs- methoden	90
5.3 Das objektivierungsbedingte Relevanz- defizit des Bilanzgewinns aus informa- tionsorientierter Perspektive: Konflikt zwischen Objektivierung und Relevanz	91
✓6. Das Rechnungsziel "Liquidität" (Finanzlage)	95
6.1 Originäre und abgeleitete Liquiditäts- quellen	95
6.2 Fortführungsbilanz, Bilanzanalyse und Liquiditätsmessung	97
6.3 Der Finanzplan als Meßinstrument der zukünftigen Liquidität	100
6.4 Zerschlagungsbilanz und Kreditstatus als Instrumente zur Messung der güterwirt- schaftlichen Liquidität	101
6.5 Das Verhältnis von Rechnungszielen (Meßinstrumenten) zur Realisierung von Rechnungslegungszwecken	104
IV. Regulierung der Informationsverteilung durch Rechnungslegungsnormen	105
1. Das Theorieversprechen der neueren informationsökonomischen Ansätze	105
2. Die Informationswirkung von Jahresab- schlußinformationen	107
3. Der private Informationswert im Einpersonenfall	109
3.1 Informationswert als Erhöhung des Erwartungsnutzens	109
3.2 Der Einfluß der Konkretisierung von Ent- scheidungsfeld, Nutzenfunktion und Infor- mationskosten auf die Wahl des optimalen Informationssystems mit maximalem privatem Informationswert	111
3.3 Portefeuille-Theorie und private Informa- tionsnachfrage im Einpersonen-Modell	113
4. Informationssymmetrie und -asymmetrie im Mehrpersonenfall	120

4.1 Zur Separation von Informations- inhalts- und Informationsverteilungs- regulierung	120
4.2 Privat gehaltene versus öffentlich verfügbare Informationen	121
4.3 Homogene und heterogene Erwartungen bei Informationssymmetrie	122
4.4 Allgemeine redistributive und markt- feindliche Effekte der Informations- asymmetrie (adverse selection)	124
4.5 Der private Informationswert bei Annahme eines Informationsvorsprungs vor dem Markt (Informationsasymmetrie)	125
4.6 Anreize zur Fehlinformation sowie In- formationskonflikte im Mehrpersonenfall "Unternehmung"	126
V. Zahlungsbemessungsfunktion des Jahres- abschlusses sowie Ausschüttungs- und Konsumententscheidungen	129
1. Der Einfluß von Unsicherheit und Marktun- vollkommenheiten auf die Modelle bei Sicherheit	129
2. Zahlungsbemessungskonflikte und Ausschüt- tungssperre	131
3. Residualtheorie bei Unsicherheit, Aus- schüttungsoptimumregeln und bilanzielle Buchvermögensmehrung als Ausschüttungs- richtgröße	135
VI. Zusammenfassung zu den Unsicherheits- modellen	140
Kapitel D: DIE GESELLSCHAFTLICHE BETRACH- TUNGSEBENE DER GESETZLICHEN RECHNUNGSLEGUNG	144
I. Marktversagen auf dem Informationsmarkt für unternehmensspezifische Daten als Ursache für die Regulierungsnotwendigkeit	144
II. Die allokativen Effizienz der Finanzie- rungsmärkte als wichtigster Regelungs- zweck der handelsrechtlichen Rechnungs- legungsnormen	151
III. Erklärungsansätze zur offensichtlich überlegenen Informationsreflexion durch Marktsignale in informationseffizienten Märkten	160

IV. Zusammenfassung	165
Kapitel E: DER EINFLUSS DER RECHTSFORM DES UNTERNEHMENS AUF DAS RECHNUNGSLEGUNGSRECHT	167
I. Vorbemerkung	167
II. Das Einzelunternehmen	169
1. Rechnungslegung nach dem Bilanzrichtlinie- Gesetz	169
2. Selbstinformationspflicht im Interesse Außenstehender	172
2.1 Zum Informationsbedarf des Einzelunter- nehmers allgemein	172
2.2 Fundierung von Führungsentscheidungen	173
2.3 Entnahmeeentscheidung und Konsumniveauplanung des Inhabers	175
2.3.1 Entnahmeeentscheidung	175
2.3.2 Konsumniveauplanung	176
2.4 Selbstinformationspflicht zur internen Kontrolle der Schuldendeckungsfähigkeit (Finanzplan)	178
3. Läßt sich eine Offenlegung unter Bezug- nahme auf den Risikokapitalmarkt begründen?	182
3.1 Eigentumswechsel für das Einzelunternehmen als Ganzes	182
3.2 Die Beteiligung eines stillen Gesellschaf- ters	183
4. Einzelunternehmung und Kreditmärkte	187
4.1 Vorzüge und Nachteile des Einzel- unternehmens aus Gläubigersicht	187
4.2 Gründe für eine kreditmarktbezogene Offenlegung	190
4.3 Zur kreditmarktorientierten Offen- legung unternehmensspezifischer Informationen (Kreditstatus)	193
5. Zusammengefaßtes Ergebnis zum Einzel- unternehmen	196

III. Die Personenhändelsgesellschaften	197
1. Rechnungslegungs-, Gewinnverteilungs- und Entnahmeverordnungen	197
2. Die Beziehungen zwischen den Gesellschaftern sowie zwischen diesen und dem Risikokapitalmarkt	199
2.1 Der OHG-Gesellschaftsanteil	199
2.2 Der Kommanditanteil	204
3. Die Kontrolle des finanziellen Gleichgewichts der Personenhändelsgesellschaften durch die Kreditmärkte	208
4. Zusammengefaßtes Ergebnis zu den Personenhändelsgesellschaften	212
IV. Zur Rechnungslegungspflicht der GmbH	214
1. Rechnungslegungsvorschriften gemäß Bilanzrichtlinie-Gesetz	214
2. Die Verknüpfung der GmbH mit dem Risikokapitalmarkt	216
3. Die Kontrolle des Verschuldungsgrads durch die Kreditmärkte	223
4. Zusammengefaßtes Ergebnis zur GmbH	232
V. Aktionärschutz und Gläubigerschutz bei der Aktiengesellschaft durch gesetzliche Rechnungslegungs- und Ausschüttungsvorschriften	234
1. Wesentliche Änderungen der aktienrechtlichen Rechnungslegungsnormen durch das Bilanzrichtlinie-Gesetz	234
2. Aktionärschutz und Risikokapitalmarkt	237
2.1 Aktionärsinteressen und diskretionärer Handlungsspielraum des Vorstands	237
2.2 Die Kontrolle des Vorstandshandels durch Märkte im Interesse der Eigentümer	241
2.3 Vorläufige Folgerungen für die Informationsfunktion der Rechnungslegung der AG	248
2.4 Zur Ausschüttungsentscheidung der AG	251
2.5 Der Einfluß des Rechnungslegungszwecks "Anteilsbewertung durch den Aktienmarkt" auf die Informationsfunktion der Rechnungslegung	255

3. Gläubigerschutz und Kreditmärkte	262
4. Zusammengefaßtes Ergebnis zur AG	264
ERGEBNISSE, EINSCHRÄNKUNGEN, PERSPEKTIVEN	268
LITERATURVERZEICHNIS	283

Anmerkung:

Die schriftlichen Arbeiten an dieser Dissertation wurden Ende Juni 1985 abgeschlossen. Die Bezugnahme auf Paragraphen entspricht dem Gesetzesstand vom 1.1.1986.